

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 6

Artikel: Während sich auch in Spanien die KP zur Machtprobe rüstet, gibt Moskau doch Gold für Franco : oestliches Liebeswerben um den Caudillo
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Während sich auch in Spanien die KP zur Machtprobe rüstet, gibt Moskau doch

Gold für Franco

Oestliches Liebeswerben um den Caudillo

Zur Zeit, da in Portugal die zum «Revolutionsrat» avancierte Junta die kommunistische Machtergreifung unter Reichstagsbrandgeschrei mit der Liquidierung der politischen Opposition vorantreibt, zeigt die Unruhe im benachbarten Spanien an, dass dort die nachfrancistische Aera beginnt. Aber der gleiche Ablauf wie beim Nachbarn ist nicht vorgegeben, Moskau jedenfalls setzt auf zwei Seiten. Einmal auf die spanische KP, die den Sowjets im Unterschied zur portugiesischen KP in den letzten Jahren etwas entglitten war, und die es vor der Machtprobe restlos hinter sich zu bringen gilt. Dann aber auch auf verbesserte Beziehungen zum Regime, um bei einer nichtkommunistischen Nachfolge ebenfalls «drin» zu sein. Gerade diese Linie des Paktierens mit dem Feind hatte ihnen die Entrüstung der in Spanien verbliebenen Genossen eingetragen, die sich ein bisschen verraten vorkamen. Unser Korrespondenzbericht geht dieser unsolidarischen Taktik des Kremles nach, die allerdings von den spanischen Kommunisten jetzt begriffen und mit Aktionseinheit honoriert wird, wenn die jüngsten «Signale» nicht trügen. Bemerkenswert bleibt so oder anders die «Moral» der Geschichte.

Wie die in Barcelona erscheinende Tageszeitung «El Noticiero» kürzlich mitteilte, stehen Spanien und die Sowjetunion vor der Unterzeichnung eines Abkommens, demzufolge das Franco-Regime von Moskau für den Schatz der Spanischen Bank entschädigt wird, der von der republikanischen Regierung im Jahre 1936 in die UdSSR überführt worden war. Wie die spanische Zeitung weiter feststellt, wurden zwischen den Regierungen beider Länder schon vor einiger Zeit «offizielle Kontakte» aufgenommen, unter anderem auch mit dem Ziel, die seit dem Ende des Bürgerkriegs unterbrochen gewesenen diplomatischen Beziehungen wieder herzustellen.

Tatsächlich sind östliche Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu Madrid in letzter Zeit intensiviert worden. Ende Januar berichtete zum Beispiel die polnische Nachrichtenagentur PAP aus Warschau von der Unterzeichnung eines polnisch-spanischen Protokolls über wirtschaftliche Zusammenarbeit, das — wie es wörtlich hieß — «Richtlinien für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und weitere zusätzliche Erleichterungen für den Handel und die industrielle Koproduktion festlegt».

PAP bemerkt weiter, dass in den letzten Jahren im Handel zwischen Polen und Spanien eine «wesentliche Steigerung» zu verzeichnen gewesen

sei. «Während sich im Jahre 1970 der polnisch-spanische Handel auf 32 Millionen Dollar belief, erreichte er im vergangenen Jahr eine Höhe von 125 Millionen Dollar.» Es werde erwartet, dass die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch die Entwicklung der industriellen Koproduktion in solchen Bereichen wie Bergbau, Schiffbau, Kraftfahrzeugindustrie, petrochemische und chemische Industrie «weiter verstärkt wird».

Neben der Sowjetunion hat vor allem Polen zu Spanien besonders innige Beziehungen unterhalten. Ihnen ordnete die jeweilige Parteiführung in Warschau auch den sogenannten «proletarischen Internationalismus» unter, der sie hätte veranlassen müssen, mit den in der Illegalität kämpfenden und Verfolgungen ausgesetzten spanischen Kommunisten, und wenn schon nicht mit ihnen, so wenigstens mit streikenden Arbeitern, Solidarität zu üben. Das taten jedoch weder Gomulka noch Gierek. Mehrmals während Streikämpfen asturischer Bergarbeiter betätigte sich Polen vielmehr als Streikbrecher und unterbrach seine Kohlenlieferungen an Spanien nicht.

Als beim ersten derartigen Fall das damalige Mitglied des Politbüros der französischen KP, Roger Garaudy, auf diese Tatsache hinwies, sah er sich den heftigen Angriffen der KPdSU-ergebenen Parteiführer ausgesetzt. Er erwiderte ihnen vor dem Parteitag der französischen KP: «Wenn

ein sozialistisches Land während des asturischen Bergarbeiterstreiks an Franco Kohlen liefert, dann verletzt es den proletarischen Internationalismus. Es ist nicht ein Verstoß gegen ihn, solche Dinge auszusprechen, sondern sie zu tun — und sie zu verschweigen.»

Doch die Comecon-Länder liessen sich nicht davon abhalten, ihre Beziehungen zu Spanien weiter auszubauen. Polen lieferte, trotz neuerlichen Streiks, weiter Kohlen, die UdSSR baute den Handel aus, und die DDR nahm, als erstes Land des Warschauer Paktes, auch diplomatische Beziehungen zu Madrid auf. Polens Bemühungen gingen noch weiter. Warschau lud 1973 mehrere Spitzenfunktionäre des Franco-Regimes nach Polen ein. Zu ihnen zählten der Cortes-Vizepräsident José Finat, der Chef der Guardia Civil, Iniesta (er gilt als einer der bekanntesten unter den «harten Generälen»), sowie Graf von Mayalde, ehemals Francos Botschafter bei Hitler.

Die spanischen Kommunisten haben gegen diesen Bruch der Solidarität durch die regierenden Bruderparteien immer wieder protestiert: Gegen die polnischen Kohlenlieferungen während des Bergarbeiterstreiks, gegen die Einladung an die Repräsentanten des Franco-Regimes durch die polnischen Behörden, gegen die politische Aufwertung des Caudillo durch die UdSSR und schliesslich gegen die Herstellung diplomatischer Beziehungen der DDR zu Spanien. «Dieses», so schrieb das Zentralorgan der spanischen KP, «Mundo Obrero», «erfüllt uns mit Ueberaschung und Widerwillen.» Das Verhalten der Comecon-Länder, ihre wirtschaftliche und politische Annäherung an Spanien, wurde von ihnen stets mit den Erfordernissen der friedlichen Koexistenz motiviert. Doch der spanische Spitzenfunktionär Enrique López richtete an sie die Frage: «Aber entspricht dieses Argument nicht einer opportunistischen Auffassung der friedlichen Koexistenz?»

Die Weiterführung dieser «opportunistischen» Politik wird nun durch das vorgesehene Abkommen, das Franco die seinerzeit sichergestellten Goldreserven zurückgeben soll, einen neuen Höhepunkt erreichen.

Dass dieses Entgegenkommen an Spanien gerade zu einem Zeitpunkt erfolgt, da sich das Franco-Regime in seiner schwersten Krise befindet, deutet darauf hin, dass die UdSSR, wie immer schon, ihre staatspolitischen Interessen höher einschätzt als die Interessen der Bruderparteien.

Hinzu kommt, dass sich die KPdSU offensichtlich auch nicht an eine Vereinbarung hält, die sie im Oktober des vergangenen Jahres mit einer spanischen KP-Delegation abgeschlossen hatte. Die sowjetische Staatspartei hatte sich nämlich bereit erklärt, die Bemühungen der spanischen KP zur Errichtung einer «Allianz aller demokratischen Kräfte» — im Unterschied zu ihrer früheren Position — nun zu unterstützen. Der Passus des gemeinsamen Communiqués, in dem auch die KPdSU das gegenwärtige spanische Regime als «einen Anachronismus» bezeichnet, war von Generalsekretär Santiago Carrillo als Akt der Solidarität angesehen worden. Wie Carrillo in «Mundo Obrero» erklärte, sehe die KP Spaniens in dieser Haltung der KPdSU eine «sehr wertvolle Solidaritätsgeste». Mehr als eine Geste dürfte es tatsächlich nicht gewesen sein; davon zeugen die neuerlichen Annäherungsversuche an das in allen Fugen krachende Franco-Regime. ks.

(Fortsetzung von Seite 3)

«dass die Mehrheit im Institutsrat kommunistisch gesteuert werde.

Ausführlich befasst sich die Urteilsbegründung mit dem Vorwurf der Notgemeinschaft über verfassungsfeindliche Indoktrinierung und Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Nach einem längeren Eingehen auf die diesbezüglichen Verhältnisse wird gesagt:

Die Unwahrheit der Behauptungen könnte nicht festgestellt werden. Einer solchen Feststellung stünden schon die Umstände entgegen, die nach den obigen Darlegungen für die Richtigkeit der Äusserungen sprechen.

Mit andern Worten: Das Gericht kann die gravierenden Beschuldigungen über verfassungswidrige Tätigkeit an diesem Institut schon deshalb

nicht verbieten, weil sie schlicht und einfach zu treffen. Aber das hindert nicht, dass genau diese verfassungsfeindliche Tätigkeit weitergeht. Offenbar sind die Universitäten tatsächlich zu einem rechtsfreien Raum geworden. Schon dank der Appeasementpolitik der Aufsichtsgremien.

Ausblick mit Rückblick

Man hat das in Deutschland schon einmal erlebt. In den Jahren vor 1933, als sich der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund anschickte, die Universitäten zu politisieren und zu ideologisieren. Wobei die demokratischen Kräfte weitgehend zuschauten, «Verständnis für die Jugend» bekundeten und «die Dinge nicht dramatisieren» wollten. Bis sie selber im Drama untergingen, das sie nicht hatten wahrhaben wollen.

vj/cb